



SCHWEIZERISCHER BUNDESRAT  
CONSEIL FÉDÉRAL SUISSE  
CONSIGLIO FEDERALE SVIZZERO

Beschluss 3. April 1985  
Décision  
Decisione **580**

Tagung des OECD-Rates auf Ministerebene  
Paris, 11./12. April 1985

Aufgrund des Antrages des EVD vom 21. März 1985  
Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtverfahrens wird

beschlossen:

1. Den vorgelegten Bericht wird im Sinne von Richtlinien für die schweizerische Delegation an der Tagung des OECD-Rates auf Ministerebene in Paris vom 11./12. April 1985 gutgeheissen.
2. Die Delegationsleitung wird Herrn Bundespräsident Furgler übertragen, der sich begleiten lassen wird von den Herren

C. Sommaruga  
Staatssekretär für Aussenwirtschaft

J. Zwahlen  
Chef der Schweizerischen Delegation bei der OECD, Paris

H. Sieber  
Stellvertreter des Direktors  
Bundesamt für Aussenwirtschaft

D. Kaeser  
Vizedirektor der Eidg. Finanzverwaltung

J. Failletaz  
Chef des Finanz- und Wirtschaftsdienstes, EDA

P. Aenishänslin  
Chef des OECD-Dienstes  
Bundesamt für Aussenwirtschaft

Je nach Bedarf kann sich der Delegationschef durch weitere Mitarbeiter begleiten lassen.

Für getreuen Auszug,  
der Protokollführer

Protokollauszug an:				
<input checked="" type="checkbox"/> ohne / <input type="checkbox"/> mit Beilage				
z.V.	z.K.	Dep.	Anz.	Akten
	X	EDA	6	-
		EDI		
		EJPD		
		EMD		
	X	EFD	8	-
X		EVD	10	-
		EVED		
	X	BK	1	-
	X	EFK	2	-
	X	Fin. Del.	2	-



EIDGENÖSSISCHES VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT  
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE L'ÉCONOMIE PUBLIQUE  
 DIPARTIMENTO FEDERALE DELL'ECONOMIA PUBBLICA

2520.1

Bern, 21. März 1985

An den B u n d e s r a t

Tagung des OECD-Rates auf Ministerebene  
 Paris, 11./12. April 1985

---

### 1. Allgemeines

Der OECD-Rat wird seine jährliche Tagung auf Ministerebene am 11./12. April 1985 unter der Präsidentschaft Kanadas am Sitz der Organisation in Paris abhalten.

Die diesjährige Ministerkonferenz ist von fünf Gesichtspunkten her von besonderem Interesse:

- Nach der markanten Erholung im vergangenen Jahr erscheinen die kurzfristigen Aussichten für die Weltwirtschaft und den Welthandel in einem günstigen Licht.
- Die Verschuldungskrise namhafter Entwicklungsländer hat sich zwar etwas entschärft; das Schuldenproblem ist jedoch bei weitem nicht gelöst. Afrika sieht sich mit der schwersten Krise seit seiner Unabhängigkeit konfrontiert.
- Die OECD-Länder tun sich mit der handelspolitischen Tendenzwende schwer; die Gespräche über eine neue GATT-Verhandlungsrunde sind in eine kritische Phase getreten.
- Die OECD-Ministerkonferenz fügt sich erneut in die Vorbereitung des Weltwirtschaftsgipfels der sieben grössten westlichen Industriemächte ein, diesmal des elften vom 2.-4. Mai in Bonn.
- Es handelt sich um die erste Ministerkonferenz des neuen OECD-Generalsekretärs J.-C. Paye (Frankreich).

## 2. Wirtschaftslage und wirtschaftspolitische Strategie

Mit der Normalisierung der Konjunktur in den USA, einem nur wenig verlangsamten Wachstum in Japan und einer anhaltenden Erholung in Europa zeichnet sich in den Industriestaaten für die kommenden 12-18 Monate ein zwar etwas schwächeres, dafür regional ausgeglicheneres Wirtschaftswachstum von durchschnittlich 3 % ab. Dieses wird auch ausserhalb der USA in zunehmendem Masse von den Investitionen mitgetragen. Die Inflation dürfte sich bei knapp 5 % und damit auf dem Stand von 1972 - vor dem ersten Oelpreisschock - stabilisieren.

Eine Quelle wachsender Verunsicherung stellen die fundamentalen Ungleichgewichte - Budget- und Leistungsbilanzdefizite - in der amerikanischen Volkswirtschaft dar. Ihre internationalen Rückwirkungen - überhöhte Zinsen, starker Dollar, damit verbundene Wechselkursunsicherheit und wachsende protektionistische Risiken - belasten die längerfristigen Perspektiven. Vor allem in den europäischen Volkswirtschaften sind unbewältigte Strukturprobleme mit dafür verantwortlich, dass die hohe Arbeitslosigkeit trotz verbesserter Konjunktur weiter steigt.

In dieser Lage kommt der konsequenten Fortführung der in den letzten Jahren eingeschlagenen mittelfristig ausgerichteten wirtschaftspolitischen Strategie entscheidende Bedeutung zu. Dazu gilt es insbesondere,

- mit einer auf die weitere Eindämmung der Inflation ausgerichteten Geldpolitik und einer unverändert an der Sanierung der öffentlichen Haushalte und an der Steigerung von Flexibilität und Effizienz im staatlichen Bereich orientierten Budgetpolitik einen stabilen und transparenten wirtschaftspolitischen Rahmen zu gewährleisten;
- eine am Markt orientierte Strukturanpassung in der Wirtschaft - namentlich auch die Anwendung der neuen Technologien - zu fördern und bestehende Beschränkungen abzubauen, damit die wirt-

schaftliche Erholung in vermehrtem Masse auf den Arbeitsmarkt übergreift.

Angesichts der erwähnten Ungleichgewichte tritt die Schweiz für eine nüancierte Haltung ein. Einseitige Schwarz-Weiss-Malerei wird den anstehenden Problemen nicht gerecht. Nach unserer Auffassung trägt eine stabile, ausgewogene und überschaubare Wirtschaftspolitik namentlich der weltwirtschaftlich führenden Länder wesentlich zu einem allmählichen Abbau dieser Ungleichgewichte und der daraus resultierenden Verunsicherung bei. Entsprechend misst die Schweiz einer vermehrten Koordination und multilateralen Ueberwachung der Wirtschaftspolitik hohe Priorität bei.

### 3. Handelspolitik

1983 hatte die OECD-Ministerkonferenz beschlossen, im Zuge und zur Unterstützung der weltwirtschaftlichen Erholung seien die in den letzten Rezessionsjahren errichteten Handelsschranken insbesondere des Grauzonenbereichs sukzessive zu lockern und wieder abzubauen. 1984 kamen die Minister überein, als erste Phase sogenannter vertrauensbildender Massnahmen die Zollabbaustufe 1986 der Tokiorunde des GATT um ein Jahr auf anfangs 1985 vorzuziehen.

Es muss nun festgestellt werden, dass dieser ersten Phase kein Erfolg beschieden war. Lediglich fünf EFTA-Länder (Schweden, Norwegen, Finnland, Oesterreich, Schweiz) sowie Japan sind dem letztjährigen Ministerbeschluss gefolgt. Die EG (partielle Teilnahme) und Kanada haben ihre Haltung an diejenige der USA gebunden, die ihrerseits die 1. Phase des Rollbacks nicht verwirklicht haben.

Die 2. Phase eigentlichen Rollbacks bekundet grosse Mühe, vom Fleck zu kommen. Trotz wirtschaftlicher Belebung tun sich die OECD-Länder schwer, sektorale Schutzmassnahmen meist ausserhalb der GATT-Legalität aufzuheben.

Die Schweiz wird die mangelnde breite Beteiligung an der 1. Phase (Glaubwürdigkeitsverlust) beklagen und zugleich weiterhin für

einen effektiven Rollback (2. Phase) kämpfen, der nichts von seiner Notwendigkeit eingebüsst hat.

Die USA drängen auf eine neue GATT-Verhandlungsrunde, die 1986 beginnen sollte. Die EG ihrerseits steht diesem Vorhaben zurückhaltend gegenüber. Noch ist unsicher, ob der Bonner Gipfel den Startschuss für die Lancierung der neuen Handelsrunde geben kann. Die Schweiz steht dieser grundsätzlich positiv gegenüber, verlangt aber eine sorgfältige Vorbereitung namentlich der in eine solche Runde einzubringenden Substanz.

#### 4. Beziehungen zu den Entwicklungsländern

Dank besser angepassten nationalen Politiken und günstigeren äusseren Bedingungen konnten verschiedene Entwicklungsländer ihre wirtschaftliche Lage verbessern. Die mittel- und langfristigen Verschuldungsprobleme der Drittweltstaaten sind jedoch nicht gelöst. Ueberdies sieht sich Afrika mit der schwersten Wirtschaftskrise seit der Erlangung der Unabhängigkeit konfrontiert.

Die OECD-Mitgliedstaaten haben Massnahmen ergriffen, an denen auch die Schweiz aktiv mitwirkte (Umschuldungen, Zahlungsbilanzhilfe); Vorkehren, die mithelfen, einer internationalen Finanzkrise vorzubeugen.

Die Schweiz beteiligte sich mit den übrigen OECD-Länder an einer umfangreichen Aktion der UNO, um der katastrophalen Lage zu begegnen, von der rund 20 afrikanische Länder betroffen sind. Schliesslich beabsichtigen wir, an den Sonderfonds der Weltbank zugunsten Afrikas in Form von Mitfinanzierungen einen Beitrag in der Höhe von 30 Millionen Dollar zu leisten.

Es ist aber wichtig, dass die längerfristige Entwicklung angesichts der derzeitigen Priorität der Nothilfemassnahmen nicht vernachlässigt wird. Die Mitgliedstaaten sollten die verbesserten Bedingungen (wirtschaftlicher Aufschwung, Realismus der Entwicklungsländer) nutzen, um die Wiederingangsetzung des Entwicklungsprozesses zu begünstigen. Dies bedingt steigende öffentliche Entwicklungshilfeleistungen, eine Trendwende bei den Kapitalabflüssen u.a. durch mehrjährige Schuldenskonsolidierungen, eine Abkehr vom Protektionismus und die progressive

Eingliederung der Entwicklungsländer ins vertragliche Handelssystem, sowie eine Verbesserung der strukturellen Bedingungen bei den Rohstoffen (Produktion Verarbeitung, Ertrag).

\* \* \*

Gestützt auf die vorstehenden Ausführungen und im Einvernehmen mit den interessierten Departementen stellen wir Ihnen den

#### A n t r a g

1. Den vorstehenden Bericht zu genehmigen im Sinne von Richtlinien für die schweizerische Delegation an der Tagung des OECD-Rates auf Ministerebene in Paris vom 11./12. April 1985.

2. Die Delegationsleitung Herrn Bundespräsident Furgler zu übertragen, der sich begleiten lassen wird von den Herren

C. Sommaruga  
Staatssekretär für Aussenwirtschaft

J. Zwahlen  
Chef der Schweizerischen Delegation bei der OECD, Paris

H. Sieber  
Stellvertreter des Direktors  
Bundesamt für Aussenwirtschaft

D. Kaeser  
Vizedirektor der Eidg. Finanzverwaltung

J. Faillettaz  
Chef des Finanz- und Wirtschaftsdienstes, EDA

P. Aenishänslin  
Chef des OECD-Dienstes  
Bundesamt für Aussenwirtschaft

Je nach Bedarf kann sich der Delegationschef durch weitere Mitarbeiter begleiten lassen.

EIDGENOESSISCHES VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT

Beilage:

Pressecommuniqué (Entwurf)

Protokollauszug an:

- EDA (6)
- EFD (9)
- EVD (10)

PRESSEMITTEILUNGMinistertagung der OECD

Der Bundesrat hat den Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartementes, Bundespräsident Kurt Furgler, mit der Leitung der schweizerischen Delegation an der Ministertagung der OECD betraut, die am 11./12. April in Paris stattfinden wird. Die Minister werden sich mit Wirtschaftspolitik, Handelsfragen sowie den Beziehungen zu den Entwicklungsländern befassen.

Nach der markanten Erholung im vergangenen Jahr erscheinen die kurzfristigen Aussichten für die Weltwirtschaft und den Welthandel in einem recht günstigen Licht. Risikofaktoren bilden allerdings die fundamentalen Ungleichgewichte in weltwirtschaftlich führenden Ländern und die damit zusammenhängende Währungssituation. Trotz verbesserter Konjunkturaussichten bleibt zudem die Arbeitslosigkeit namentlich in Westeuropa unverändert hoch. In dieser Lage kommt der konsequenten Fortführung der in den letzten Jahren eingeschlagenen mittelfristig ausgerichteten wirtschaftspolitische Strategie entscheidende Bedeutung zu. Diese hat eine gesamtwirtschaftliche Stabilität, sowie die strukturelle Anpassung und Schaffung neuer Arbeitsplätze zum Ziel. Im Handelsbereich wird die Ministerkonferenz Bilanz ziehen über die Inkraftsetzung der 1984 beschlossenen vertrauensbildenden Massnahmen (beschleunigter Zollabbau für die Tokio-Runde des GATT). Des weitern werden die Minister erneut Möglichkeiten erörtern, wie die in den letzten Rezessionsjahren insbesondere im Grauzonenbereich ergriffenen Handelsrestriktionen sukzessive zu lockern und abzubauen sind. Auch die fortgeschrittenen Gespräche über die Lancierung einer neuen Verhandlungsrunde im GATT werden Gegenstand der Beratungen sein.

Die Verschuldungskrise namhafter Entwicklungsländer hat sich zwar etwas entschärft; das Schuldenproblem ist jedoch bei weitem nicht gelöst. Afrika sieht sich mit der schwersten Krise seit seiner Unabhängigkeit konfrontiert. Die OECD-Länder haben in der Nothilfe an die besonders betroffenen Regionen dieses Kontinentes eine entscheidende Verantwortung zu tragen. Daneben sind die Voraussetzungen für die Wiederingangsetzung des längerfristigen Entwicklungsprozesses in der Dritten Welt zu verbessern.